

# presse

---

## **Reform der Minijobs ist überfällig, eine Ausweitung à la FDP falsch**

Zu den Vorschlägen des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Reform der Minijobs erklärt die Sprecherin der Arbeitsgruppe Gleichstellungspolitik der SPD-Bundestagsfraktion Christel Humme:

Die Minijobs haben ihre erhoffte Wirkung, eine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt zu sein, verfehlt. Eine Reform ist daher unbedingt erforderlich, sagt Christel Humme. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern in einem ersten Schritt eine entsprechende Stundenbegrenzung. Nur damit kann gewährleistet werden, dass den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein Mindestlohn von 8,50 Euro gezahlt wird.

Es ist richtig und wichtig, dass der Deutsche Gewerkschaftsbund die Diskussion um die Minijobs anstößt. Denn sie sind in ihrer jetzigen Ausgestaltung mehr als reformbedürftig. Vorschläge zur Ausweitung und Verfestigung von Minijobs, wie sie jüngst die FDP und die Union unterbreitet haben, sind dagegen der falsche Weg.

Insgesamt 7,4 Millionen Menschen arbeiten für monatlich maximal 400 Euro und ohne soziale Absicherung. Vor allem Frauen sind in der Minijob-Falle gefangen. Sie stellen mehr als zwei Drittel der Beschäftigten. 3,2 Millionen der insgesamt 4,8 Millionen weiblichen Minijobber leben sogar ausschließlich davon. Armut, nicht nur im Alter, ist somit programmiert.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern in einem ersten Schritt eine entsprechende Stundenbegrenzung. Nur damit kann gewährleistet werden, dass den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein Mindestlohn von 8,50 Euro gezahlt wird. Die Einhaltung der Arbeitnehmerrechte wie Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und Urlaubsgeld muss sichergestellt werden.

Die Minijobs haben ihre erhoffte Wirkung, eine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt zu sein, verfehlt. Eine Reform ist daher unbedingt erforderlich. Hier muss die Bundesregierung endlich tätig werden.